

**Niederschrift
über die 3. Sitzung des Finanzausschusses**

Sitzung am :	Mittwoch, den 04.12.2024
Sitzungsort:	Sitzungszimmer 345

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:51 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Cornelia Erhardt	
Herr Helmar Gerisch	
Herr Christian Hermann	
Herr Christian Kellner	
Frau Kerstin Knabe	zeitweise abwesend (TOP 5.3/5.4)
Frau Petra Rank	
Herr Jörg Schmidt	anwesend ab TOP 2.15
Herr Maik Schwarz	

Beratendes Mitglied

Herr Danny Przisambor	zeitweise abwesend
Herr Lennart Schorch	früher gegangen
Herr Christian Stephan	

Stellvertretendes Mitglied

Frau Diana Simon	Vertretung für Herrn Markus Witte
------------------	-----------------------------------

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Markus Witte	entschuldigt
-------------------	--------------

Beratendes Mitglied

Herr Volker Albrecht	unentschuldigt
Herr Torsten Stengel	entschuldigt
Herr Heiko Wogenstein	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Peggy Hein	Fachbedienstete für das Finanzwesen	gesamte Sitzung
Herr Martin Hofmann	Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Steffen Ullmann	FGL Tiefbau	gesamte Sitzung
Herr Lutz Armbruster	Leiter Eigenbetrieb GAV	gesamte Sitzung
Frau Carola Blume-Brake	FBL Haupt- und Personalverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Eric Hoffmann	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	gesamte Sitzung
Herr Lars Krämer	Büroleiter Büro OB	gesamte Sitzung
Herr Andreas Nickel	FGL Gesamthaushalt	gesamte Sitzung
Herr Markus Löffler	FBL Bau und Umwelt	gesamte Sitzung
Herr Steffen Ullmann	FGL Tiefbau	gesamte Sitzung
Herr Ronny Adler	GF Bäder Plauen GmbH	TOP 4.5
Herr Karsten Schmidt	Kulturbetrieb	TOP 5.1

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Schott, Freie Presse	Berichterstattung

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Tagesordnung
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Finanzausschusses am 26.09.2024
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
- 2. Vorberatung zur Haushaltssatzung 2025/2026 (siehe Unterlagen der Finanzverwaltung)**
 - 2.1. Antrag-395-24HH-Ortschaftsrat Jößnitz (alte Wahlperiode)
 - 2.2. Antrag-396-24HH-Ortschaftsrat Jößnitz (alte Wahlperiode)
 - 2.3. Antrag-6-24HH-OR-Jößnitz
 - 2.4. Antrag-7-24HH-SPD-Initiative
 - 2.5. Antrag-8-24HH-SPD-Initiative
 - 2.6. Antrag-9-24HH-SPD-Initiative
 - 2.7. Antrag-10-24HH-SPD-Initiative
 - 2.8. Antrag-11-24HH-SPD-Initiative
 - 2.9. Antrag-12-24HH-SPD-Initiative
 - 2.10. Antrag-13-24HH-BSW
 - 2.11. Antrag-14-24HH-BSW
 - 2.12. Antrag-15-24HH-FBL
 - 2.13. Antrag-16-24HH-FBL
 - 2.14. Antrag-17-24HH-FBL
 - 2.15. Antrag-18-24HH-FBL
 - 2.16. Antrag-19-24HH-Linke-Grüne
 - 2.17. Antrag-20-24HH-Linke-Grüne
 - 2.18. Antrag-21-24HH-Linke-Grüne
 - 2.19. Antrag-22-24HH-CDU
 - 2.20. Antrag-23-24HH-Linke-Grüne
 - 2.21. Antrag-24-24HH-Linke-Grüne
 - 2.22. Antrag-25-24HH-Linke-Grüne
 - 2.23. Antrag-26-24HH-Linke-Grüne
 - 2.24. Antrag-27-24HH-Linke-Grüne
 - 2.25. Antrag-28-24HH-Linke-Grüne
- 3. Information**
 - 3.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2024
INV-013/2024
- 4. Beschlussfassung**
 - 4.1. Annahme einer Spende des Fördervereins an die Käthe-Kollwitz-Schule Plauen
BSV-080/2024
 - 4.2. Verkauf des Flurstückes 107/25 und Teil von Flurstück 107/26, Gemarkung Jößnitz

- BSV-079/2024**
- 4.3. Grundstücksverkehr (Ankauf Fl. 57a, Gem. Reißig und Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen)
- BSV-082/2024**
- 4.4. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme "Verfügungsfonds - ZIZ"
- BSV-092/2024**
- 4.5. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für Zuschüsse an die BÄNDER PLAUEEN GmbH
- BSV-089/2024**
- 4.6. Gemeinsame Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen im Zeitraum vom 11.10.2024 – 07.11.2024
- BSV-090/2024**
- 5. Vorberaterung**
- 5.1. 1. Änderung der Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs
- BSV-078/2024**
- 5.2. Satzung zur 6. Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung vom 19.12.2023
- Antrag der SPD/Initiative-Fraktion, Reg.-Nr. 2-24 - Stellungnahme der Verwaltung
- Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 31-24
- BSV-076/2024**
- 5.3. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)
- BSV-081/2024**
- 5.4. Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2024 der GAV
- BSV-084/2024**
- 5.5. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die brandschutztechnische Ertüchtigung des Objektes Friedrich-Engels-Straße 1
- BSV-085/2024**
6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Herr Oberbürgermeister Zenner, eröffnet den öffentlichen Teil der 3. Sitzung des Finanzausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung.

Gemäß § 39 Abs. 1 SächsGemO weist er darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Finanzausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Frau Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen und Herr Stadtrat Helmar Gerisch, AfD-Fraktion, bestellt.

1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Zenner, stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses der Stadt Plauen mit derzeit 9 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern (inkl. Oberbürgermeister Zenner) gewährleistet ist.

1.2. Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Zenner, bestätigt die Tagesordnung zum öffentlichen Teil der 3. Sitzung des Finanzausschusses.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Finanzausschusses am 26.09.2024

Herr Oberbürgermeister Zenner, bestätigt die sachliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Finanzausschusses am 26.09.2024.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass die Haushalts-Situation im Freistaat Sachsen sich weiterhin verschlechtert. Es liege derzeit fast eine Deindustrialisierung vor. Das reale Wachstum beträgt auch im nächsten Jahr nur noch 0,2%. Um den Wohlstand zu erhalten benötigt man 1%. Der Sächsische Städte- und Gemeindetag (SSG) informiert, dass auch in den Kommunen mit sinkenden Steuereinnahmen zu rechnen ist. Die Prognose wurde hier nochmals abgesenkt. Es gibt eine neue Steuerschätzung ab April 2025. Sollte der Haushalt der Stadt zügig aufgestellt werden können, würde es etwas weniger Probleme geben, da dieser dann noch nach den alten Kriterien bewertet wird. Der SSG geht davon aus, dass 2026 etwa 60% aller sächsischen Kommunen keinen genehmigungsfähigen Haushalt auf den Weg bringen können. Auch in den Landkreisen wird es Konsolidierungsmaßnahmen geben müssen. Er erinnert an die Verantwortung zur Beschlussfassung des Haushaltes, da bei einer fehlenden Genehmigung Vereine und Eltern stark belastet werden könnten.

Außerdem informiert er, dass am heutigen Tag die Einweihung des „Thomas-Küttler-Platzes“ stattgefunden hat. Dieses Projekt wird zweistufig umgesetzt. Die heutige Veranstaltung fand in einem kleineren Rahmen statt. Die Einweihung der Gedenktafel im nächsten Jahr am 7. Oktober 2025 wird einen festlicheren Charakter haben.

2. Vorberatung zur Haushaltssatzung 2025/2026 (siehe Unterlagen der Finanzverwaltung)

Herr Oberbürgermeister Zenner, empfiehlt zur Behandlung der folgenden Fraktionsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026 folgendes Procedere. Der Antragsteller stellt seinen Antrag kurz vor, Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, antwortet ebenfalls kurz, danach sollte eine Abstimmung erfolgen.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erklärt, dass mit der Einladung zum Finanzausschuss die Änderungen der Verwaltung und die Anträge der Fraktionen ausgereicht wurden. Weiterhin wurden die gestellten Anfragen beantwortet und mit allen Anlagen per Mail zugesandt. Zur Liste der Änderungen der Verwaltung führt sie aus, dass die Schlüsselzuweisung auf 8,5 Millionen EUR erhöht wurde und in dem Zuge ebenfalls die Kreisumlage auf 2,9 Millionen EUR. Weiterhin wurden die Fraktionsmittel auf das Niveau der Vorjahre angehoben.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erläutert, dass sich bei den Fraktionsmitteln nicht an der von der Sächsischen Fraktionsfinanzierungsverordnung vorgegebenen Mindestausstattung orientiert wurde. Somit werden die Fraktionen der Stadt Plauen um ein Vielfaches bessergestellt.

Frau Hein, führt weiter aus, dass der Brandschutz der Kemmler-Oberschule aufgenommen wurde, welcher außerhalb der Modellkommune finanziert wird. Hier wurden Fördermittel eingeplant. Bei den Zuschüssen für die Bäder Plauen GmbH wurde eine Korrektur nach unten vorgenommen. Dazu gibt es einen Beschluss, da die Mittel vorgezogen wurden. Bei den Straßenbaumaßnahmen wurde die Plauensche Straße in Jößnitz von 2025/2026 nach 2026/2027 geschoben. Weiterhin wurden Straßenbeleuchtungen mit aufgenommen. Außerdem wurden Maßnahmen des Leader-Programmes aufgenommen, wie die Mittelstraße im Ortsteil Unterlosa. Es wurden Mehrkosten eingeplant zur Parkeisenbahn (Geländeaufwertung). Weiterhin ist jetzt bekannt, dass die Stadt im Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ den Zuschlag für 2024 nicht erhalten hat. Dies wird für 2025 neu angestrebt. Dies ist sehr wichtig, da eine Co-Finanzierung für die EFRE-Maßnahmen in Haselbrunn enthalten ist.

Weiterhin wurden die Straßenentwässerungsanteile nach dem aktuellen Perspektivplan erhöht und Änderungen im Stellenplan beigefügt. Es wurde eine zusätzliche Stelle im Schul- und Sportreferat aufgenommen. Zu allen Anträgen wird eine Präsentation zu sehen sein, in welcher die Anträge inkl. deren finanzielle Auswirkungen aufgelistet sind. Die Anträge selbst sind von den Fraktionen kurz vorzustellen, Frau Hein wird daraufhin die Stellungnahme der Verwaltung verlesen und die Empfehlung inkl. deren finanzielle Auswirkungen erklären.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, fragt, ob die zusätzliche Stelle der Verwaltung kurzfristig eingerichtet werden musste und worum es dabei genau geht.

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, erklärt, dass die Untersuchung dieser zusätzlichen Stelle bereits im ersten Teil der Erstellung des Stellenplanes enthalten war. Diese wurde aber bewusst noch nicht eingefügt, da zum Teil unklar war, wie damit umgegangen werden soll und welche Aufgaben dahinterstehen. Der Hauptteil der Stelle sind die gesteigerten Aufgaben zu den Ganztagsangeboten (GTA) der Schulen und die Aufgaben der Schulen an sich, da diese vor allem im Bereich der GTA stark zunehmen. Dies können die derzeit nur zwei Stellen im Referat nicht zusätzlich übernehmen.

2.1. Antrag-395-24HH-Ortschaftsrat Jößnitz (alte Wahlperiode)

Herr Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion, und Ortsvorsteher der Ortschaft Jößnitz, erläutert die Details des Antrages.

Frau Peggy Hein, Fachdienstete für das Finanzwesen, verliert die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass die Arbeit der Ortschaftsräte sehr geschätzt wird, aber es liegt keine Deckungsquelle vor und die Stadt Plauen kann sich diese Mehrausgaben auf Dauer nicht leisten.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

2.2. Antrag-396-24HH-Ortschaftsrat Jößnitz (alte Wahlperiode)

Herr Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion und Ortsvorsteher der Ortschaft Jößnitz, erläutert die Details des Antrages und erklärt, dass die Mittel im HH-Plan veranschlagt sind. Sie wurden lediglich auf die Jahre 2026/2027 verschoben.

Frau Peggy Hein, Fachdienstete für das Finanzwesen, verliert die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Annahme der Modifizierung des Antrages.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.3. Antrag-6-24HH-OR-Jößnitz

Herr Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion und Ortsvorsteher der Ortschaft Jößnitz, erläutert die Details des Antrages.

Frau Peggy Hein, Fachdienstete für das Finanzwesen, verliert die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Annahme des Antrages.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.4. Antrag-7-24HH-SPD-Initiative

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erklärt, dass der Antrag sich aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung erledigt hat und der Antrag zurückgenommen wird.

2.5. Antrag-8-24HH-SPD-Initiative

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erläutert die Details des Antrages und erklärt, dass die Fraktion hier aufgrund der Stellungnahme der Empfehlung der Verwaltung folgt. Die Organisationsuntersuchung wird als Arbeitsauftrag in das Haushaltsstrukturkonzept übernommen.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.6. Antrag-9-24HH-SPD-Initiative

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erläutert die Details des Antrages und erklärt, dass dieser zur Annahme durch die Verwaltung empfohlen wurde.

Er ist enttäuscht darüber, dass man den Prozess eines Haushaltsstrukturkonzeptes nicht vorher gestartet hat und von ehrenamtlichen Stadträten nicht innerhalb von vier Wochen erwartet werden kann, eine Strukturdebatte zu eröffnen und Vorschläge zur Konsolidierung einzubringen.

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, erklärt, dass bereits vor dem Entwurf des Haushaltsplanes inkl. Stellenplan viele Vorgespräche gelaufen sind und massive Einsparungen vorgenommen wurden. Es wird tagtäglich darauf zugearbeitet, noch effizienter und effektiver zu arbeiten. Allerdings sind auch der Verwaltung Grenzen gesetzt, vor allem im Hinblick auf die Aufgabenkritik.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass in allen drei Geschäftsbereichen Einsparungen vorgenommen wurden. Es wird mit jeder auslaufenden Stelle sorgsam umgegangen. Es wird geprüft, ob und wie diese neu besetzt wird.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion BSW, erklärt, dass es wohl unumstritten ist, dass der aktuelle Entwurf des Haushaltsplanes eine Beauftragung nach sich zieht. Im Regelfall werden beauftragte Haushaltstrukturkonzepte (HSK) noch gefördert. Sollte jetzt ein freiwilliges HSK erstellt werden, wird es keine Förderung geben.

Herr Stadtrat Christian Hermann, fragt, ob es einen Unterschied macht, wenn sich der Stadtrat dafür ausgesprochen hat oder wird dies rein an der Lage des Haushaltes festgemacht.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erklärt, dass dies lediglich nach der Lage des Haushaltes entschieden wird.

Herr Stadtrat Christian Hermann, erklärt, dass es insofern egal ist, ob der Stadtrat sich für die Freiwilligkeit ausspricht, da dies für die Beauftragung keine Rolle spielt.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, erklärt, dass dies dann nicht gebraucht wird.

Herr Stadtrat Christian Hermann, erklärt, dass dies voraussetzen würde, dass eine Beauftragung stattfindet. Es spielt keine Rolle, ob dies jetzt freiwillig geschieht. Wenn es eine Beauftragung gibt, wird es gefördert. Es ist hier keine Kritik seitens der Fraktion da, er fordert eine sogenannte „Giftliste“, die besagt, welche Leistungen gestrichen werden und welche Gebühren und Steuern erhöht werden. Dies sollte nichtöffentlich in den Fraktionen besprochen werden. Dies wird ein langer Prozess sein, unabhängig von einer Beauftragung.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass es ihm wichtig ist, dass abgewartet wird, bis die Genehmigungsbehörde die Bearbeitung des Haushaltes abgeschlossen hat.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, verliest die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass eine Abstimmung des Antrages nicht erforderlich ist, da sich die Verwaltung des Antrages annimmt.

Herr Stadtrat Christian Hermann, erklärt, dass er dies als wichtiges Signal des Stadtrates sehen möchte und deshalb befürwortet er eine Abstimmung.

Herr Oberbürgermeister Zenner, verliest den Beschlussvorschlag und erklärt, dass erst im IV. Quartal 2025 mit Ergebnissen zu rechnen ist, da erst abgewartet werden muss, wie die Genehmigungsbehörde reagiert. Er fragt, ob dies so akzeptiert wird.

Herr Stadtrat Christian Hermann, erklärt, dass dies mit der Fraktion besprochen werden muss.

Herr Oberbürgermeister Zenner, weist darauf hin, dass der Beschlusstext den Juni 2025 nennt, dieser Termin aber nicht festgelegt werden kann, da die Bearbeitungszeit der Genehmigungsbehörde nicht bekannt ist.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

2.7. Antrag-10-24HH-SPD-Initiative

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, verliest die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung des Antrages aufgrund der fehlenden Einnahmen.

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, fragt, wie viele Personen dies betreffen würde, da hier von Studierenden und Auszubildenden die Rede ist.

Frau Hein, erklärt, dass insgesamt knapp 300 Personen eine Zweitwohnsitzsteuer zahlen. Es wurden Kosten und Erträge gegenübergestellt und dort ist es so, dass unter dem Strich 3.500 EUR an Mindereinnahmen stehen bleiben. In der Beantwortung gab es allerdings keinen Hinweis auf die Generierung von zusätzlichem Personal. Diese Kosten würden aber nicht wegfallen. Es muss erwähnt werden, dass Plauen somit die erste Kommune wäre, welche eine Satzung hat, deren Zweitwohnsitzsteuer einen Befreiungstatbestand beinhaltet. Dies entspricht nicht dem Zweck der Satzung. Der Grundgedanke sollte sein, dass sich die Studenten ummelden und dementsprechend die Schlüsselzuweisungen erhöht werden. Die Studenten nutzen die Infrastruktur der Stadt ohne einen gleichwertigen Ausgleich.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.8. Antrag-11-24HH-SPD-Initiative

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erläutert die Details des Antrages und erklärt, dass sich die Verwaltung des Antrages als Arbeitsauftrages angenommen hat.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, verliest die Stellungnahme der Verwaltung.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.9. Antrag-12-24HH-SPD-Initiative

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass jeder in dieser Situation Verantwortung übernehmen muss. Er sieht dies bei der SPD nicht. Wenn man die Anträge der Fraktion in Gänze betrachtet, würden diese in Summe zu einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt führen. Dies würde enorme Kürzungen für die Vereine bedeuten. Aktuell werden die Vereine der Stadt nicht schlecht gestellt. Die Alternative einer Bewirtschaftung durch die Vereine wäre die Eigenbewirtschaftung der Stadt. Die Grundlage der Kalkulation der Zuschüsse für die Bewirtschaftung sind die kalkulierten Kosten bei einer möglichen Selbstbewirtschaftung des Eigenbetriebes GAV. Auch für die angesprochenen Fördermittel werden Eigenanteile benötigt.

Herr Lutz Armbruster, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erklärt, dass die Zuschüsse so kalkuliert sind, dass immer ein Eigenanteil erforderlich ist. Allerdings ist es nicht so, dass bei ausgewählten Vereinen diese Eigenanteile gedeckelt sind. Es gibt hier immer Mindesteigenanteile. Es ist keinesfalls so, dass ab einem bestimmten Betrag die restlichen Mittel seitens der Stadt übernommen werden.

Herr Stadtrat Hermann, erklärt, dass dann dieser Eindruck wohl falsch entstanden ist.

Herr Armbruster, erklärt, dass die Unterstützung der Stadt für die Vereine hoch ist und im Umland diese Summe oft nicht aufgebracht werden kann.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass die Eigenbewirtschaftung der Anlagen durch die Vereine mit entsprechenden Einnahmen völlig unüblich im Vogtlandkreis ist. Ein weiteres Budget in der aktuellen Haushaltssituation hält er für nicht verantwortungsvoll.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erklärt, dass die bereits eingesparten Mittel lediglich aus den Pflichtausgaben genommen wurden.

Die freiwilligen Zuschüsse wurden nicht verändert. Ob das weiterhin gelingen wird, ist nicht bekannt. Der Vogtlandkreis hat diese Mittel im Vergleich über mehrere Monate komplett gestrichen.

Herr Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion und Ortsvorsteher der Ortschaft Jößnitz, erklärt, dass die Vereine gerade in den Ortsteilen oft das Rückgrat der Gesellschaft sind. Die Aufwandsentschädigungen für die Ehrenamtler sind drastisch reduziert. Man sollte die Würdigung des Ehrenamtes nicht aus den Augen verlieren.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass der Vogtlandkreis eine Haushaltssperre verhängt hatte und aus diesem Grund die Aufwandspauschalen der Vereine derart reduziert waren.

**Abstimmungsergebnis: Nr.1: 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung
Nr.2: 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltung
Nr.3: keine Abstimmung, da Ablehnung Nr.1 und Nr. 2**

2.10. Antrag-13-24HH-BSW

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion BSW, erläutert die Details des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass die Bundeswehr für derartige Austausche tatsächlich kein Geld zur Verfügung stellt. Er kann die Annahme des Antrages deshalb nicht empfehlen.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, verliest die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

2.11. Antrag-14-24HH-BSW

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion BSW, erläutert die Details des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass er versucht ist, den Gästen des Oberbürgermeisters immer eine angenehme Atmosphäre zu bieten. Er nimmt sich trotz dessen des Antrages an.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.12. Antrag-15-24HH-FBL

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erläutert die Details des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass die sachkundigen Einwohner in der Regel einen Ausschuss und eventuell zwei Fraktionssitzungen im Monat haben. Der Zugang zu den Fraktionszimmern ist nur über die Fraktion möglich. Zu den Ausschüssen ist das Rathaus geöffnet. Somit ist die Notwendigkeit eines eigenen Transponders nicht gegeben. Man sollte auch den Sicherheitsaspekt betrachten.

Herr Christian Stephan, sachkundiger Einwohner, erklärt, dass man als sachkundiger Einwohner oft vor verschlossenen Türen steht. Mitunter wird man von Angestellten ins Haus gelassen.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass hier die Mitarbeiter nochmals sensibilisiert werden müssen. Hier gilt die strikte Vorgabe, niemandem Zugang zum Rathaus zu gewähren.

Herr Christian Stephan, erklärt, dass langfristig Personal eingespart werden soll, d.h. irgendwann müssten Transponder übrig sein von ausgeschiedenen Mitarbeitern.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass zukünftig die frei werdenden Transponder an die sachkundigen Einwohner weitergegeben werden. Die Verwaltung nimmt sich des Antrages an.

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, erklärt, dass freiwerdende Transponder nicht immer an allen Eingängen funktionieren. Ihr steht hier das Sicherheitskonzept im Vordergrund.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt nochmals, dass freiwerdende Transponder verteilt werden. Hier kann mitgeteilt werden, an welchen Türen diese funktionieren.

Herr Danny Przisambor, sachkundiger Einwohner, fragt, ob die hausinterne IT-Abteilung für die eventuell anfallende Umprogrammierung der Transponder zuständig ist und ob die Transponder kostenfrei sind.

Frau Blume-Brake, bestätigt, dass die Programmierung hausintern durchgeführt wird. Die Transponder selbst sind nicht kostenfrei für die Stadt.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.13. Antrag-16-24HH-FBL

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erläutert die Details des Antrages. Mit Herrn Bürgermeister Tobias Kämpf gab es bereits eine Absprache, dass bis zum nächsten Stadtrat eine andere Formulierung des Beschlussvorschlages erfolgen soll.

Herr Eric Hoffmann, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erklärt, dass immer nur Kosten eingeplant werden können, zu denen eine Basisvereinbarung besteht. Das Projekt „Vorschul-sport“ lief anfangs kostenfrei. Derzeit wird evaluiert, wie dieses weitergeführt werden kann. Es wird versucht, eine passende Lösung im Sinne des Haushaltsvollzuges zu finden.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass es sinnvoll wäre, den Antrag abzulehnen und einen neuen Antrag zu stellen. Dieser sollte nicht zur Haushaltsdebatte, sondern im laufenden Prozess gestellt werden. Es sollte ein Prüfauftrag daraus entstehen.

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, erklärt, dass der vorliegende Antrag zurückgezogen wird.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.14. Antrag-17-24HH-FBL

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erläutert die Details des Antrages.

Herr Steffen Ullman, FGL Tiefbau, erklärt, dass dies bereits 2022 in die Straßenbaumaßnahme Grundbeleuchtung eingeordnet war. Diese kam nicht zur Umsetzung. Die genannte Summe bezieht sich nicht auf die einzelne Beleuchtung des Bushäuschens, sondern auf die gesamte Maßnahme. Der schlechte Zustand der Straße ist bekannt.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass es sich hier um eine der schlechtesten Straßen in Plauen handelt. Die Frage ist, ob die Installation einer Beleuchtung ohne eine Sanierung der Straße kostentechnisch Sinn macht.

Herr Lutz Armbruster, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erklärt, dass dies kostentechnisch keinen Sinn macht. Diese Maßnahme kann nur in einem Schritt wirtschaftlich sinnvoll umgesetzt werden.

Herr Christian Stephan, sachkundiger Einwohner, erklärt, dass in einem sehr miserablen anderen Teil der Straße vor einigen Jahren die Beleuchtung erneuert wurde. Es geht hier vorwiegend um die Schulkinder, die in der Dunkelheit den Bus erreichen müssen.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, verliest die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, fragt, ob die Straße auch mittelfristig bis 2029 nicht geplant ist.

Herr Steffen Ullmann, verneint dies.

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, erklärt, dass sie den Antrag zurückzieht.

2.15. Antrag-18-24HH-FBL

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erläutert die Details des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass er dem grundsätzlich zustimmt. Leider fehlen aktuell die finanziellen Mittel für diese Erhöhung.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

2.16. Antrag-19-24HH-Linke-Grüne

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erklärt, dass der Antrag zurückgezogen wird, da dies eine Angelegenheit des Theaters ist und dort geklärt wird.

2.17. Antrag-20-24HH-Linke-Grüne

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erläutert die Details des Antrages und erklärt, dass der Antrag zurückgezogen wird, da dort ein Café gebaut werden soll und eine Nutzungsänderung notwendig wäre. Sollte dies soweit sein, stellt die Fraktion einen erneuten Antrag.

2.18. Antrag-21-24HH-Linke-Grüne

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erläutert die Details des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass das Strukturkonzept jetzt vorliegt. Dies wird am Montag dem Ältestenrat übergeben und er wird einen weiteren Weg empfehlen. Er hat an der Mitarbeiterversammlung am Standort Plauen teilgenommen. Tarifierhöhungen wird es auf keinen Fall geben. Man sollte sich im Klaren sein, dass das Theater in zwei Jahren 28 Millionen EUR Budget pro Jahr benötigen wird. Dies wird für die Stadt Plauen über 8 Millionen EUR pro Jahr an Kosten bedeuten. Hier wurde ein Lösungsweg erarbeitet. Tarifsteigerungen wird es aber nicht geben. Dies ist finanziell im Haushalt nicht darstellbar.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, fragt nach der Erklärung in der Stellungnahme, wonach 2,4% Tarifsteigerung enthalten sind.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erklärt, dass die Tarifsteigerungen im Wirtschaftsplan des Theaters eingeplant wurden. Beim vorliegenden Antrag wurden zwei Dinge vermischt. Das eine sind die Tarifsteigerungen, welche im Wirtschaftsplan enthalten sind. Dieser ist für 2025 im HH-Plan eingearbeitet.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass die Geschäftsleitung des Theaters von einer drohenden Insolvenz im nächsten Jahr gesprochen hat. Dies sei nicht der Fall. Die Liquidität ist im nächsten Jahr noch gesichert. Ab 2026 wird dies nicht mehr so sein.

Frau Peggy Hein, erklärt, dass sich der zweite Teil des Antrages auf die Dynamisierung aus dem Grundlagenvertrag bezieht. Damit soll die Ausstattung des Theaters durch die Kommunen dynamisiert werden. Hier wurde auf den Beschluss vom 23.11.2022 zurückgegangen. Hier hat sich der Stadtrat gegen die Dynamisierung für die nächsten fünf Jahre ausgesprochen. Die 10 Millionen EUR müssen dem Theater auskömmlich sein. Somit ist der Antrag zurückzunehmen. Der Grundlagenvertrag steht laut dem Beschluss des Stadtrates. Dieser würde damit außer Kraft gesetzt bzw. müsste neu behandelt werden.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, erklärt, dass das Recht auf Tarifsteigerungen auch den Theatermitarbeitern zugestanden werden sollte.

Frau Peggy Hein, erklärt, dass der Grundlagenvertrag jetzt feststeht. Alles was darüber hinausgeht, muss einzeln im Stadtrat als überplanmäßige Ausgabe entschieden werden. Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Kultur und Tourismus hat für 2025/2026 Zusatzhilfen zugesichert, allerdings nur unter der Maßgabe, dass auch die Städte einen Anteil leisten. Diese Bescheide müssen abgewartet werden. Sollten diese erlassen werden, ist die Stadt in der Pflicht, ihren Anteil zu leisten. Dies rüttelt aber nicht am Grundlagenvertrag. Dieser steht bis 2028.

Herr Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion, erklärt, dass die Signale zum Landeshaushalt ebenfalls nicht positiv sind. Es gibt dort zum Jahresende keinen beschlossenen Haushalt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

2.19. Antrag-22-24HH-CDU

Herr Fraktionsvorsitzender Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, verliest die Stellungnahme der Verwaltung und empfiehlt die Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

2.20. Antrag-23-24HH-Linke-Grüne

Frau Stadträtin Petra Rank, Die Linke/Grüne-Fraktion, erläutert die Details des Antrages und erklärt, dass sich die Verwaltung des Antrages angenommen hat.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt ebenfalls, dass die Verwaltung den Antrag als Arbeitsauftrag annimmt.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.21. Antrag-24-24HH-Linke-Grüne

Frau Stadträtin Petra Rank, Die Linke/Grüne-Fraktion, erklärt, dass es bei diesem Antrag darum ging, die Gerichtskosten zu senken, indem man Mediatoren einsetzt um Streitigkeiten eher beilegen zu können. Laut Stellungnahme der Verwaltung geschieht dies bereits. Vielleicht kann hier eine genaue Auflistung erstellt werden, wie dies bisher dazu beigetragen hat, Gerichtskosten einzusparen. Dann könnte dieser Antrag zurückgezogen werden.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass diese Art der Auflistung schwierig werden wird. Wenn der Mediator vor Ort keine gütliche Einigung erreicht, heißt das nicht, dass der Stadt daraufhin keine Kosten vor Gericht entstehen. Eventuell kann die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung dahingehend etwas präzisiert werden.

Frau Stadträtin Rank, erklärt, dass keine Abstimmung zum Antrag erfolgen soll.

2.22. Antrag-25-24HH-Linke-Grüne

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne-Fraktion, erläutert die Details des Antrages.

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, erklärt, dass die Verwaltung den Antrag annimmt und geht davon aus, dass die genannten Mittel eingespart werden können.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.23. **Antrag-26-24HH-Linke-Grüne**

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erklärt, dass der Antrag zurückgezogen wird. Hier war es der Fraktion wichtig, dass der Verein den nötigen Antrag auf Anerkennung beim Vogtlandkreis stellt. Laut Stellungnahme der Verwaltung ist dies geschehen, allerdings ist dieser Vorgang noch in der Prüfung und nicht abgeschlossen.

2.24. **Antrag-27-24HH-Linke-Grüne**

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erläutert kurz die Details des Antrages und erklärt, dass der Antrag zurückgezogen wird. Diese Kurse laufen über GTA-Angebote und deren Finanzierung obliegt dem Freistaat Sachsen.

2.25. **Antrag-28-24HH-Linke-Grüne**

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erläutert die Details des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass dieser Antrag als Arbeitsauftrag angenommen wird.

3. **Information**

3.1. **Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2024 INV-013/2024**

Herr Oberbürgermeister Zenner, erläutert die Details der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 10.10.2024 bis zum 06.11.2024 für das Haushaltsjahr 2024 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

4. **Beschlussfassung**

4.1. **Annahme einer Spende des Fördervereins an die Käthe-Kollwitz-Schule Plauen BSV-080/2024**

Herr Eric Hoffmann, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert die Details der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme einer Sachspende des Fördervereins der Käthe-Kollwitz-Schule Plauen (Förderzentrum mit dem Förderschwerpunkt Lernen) an ebendiese Schule in Höhe von 1.261,40 EUR in Form von 16 Metallspinden inklusive Anlieferung.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

4.2. **Verkauf des Flurstückes 107/25 und Teil von Flurstück 107/26, Gemarkung Jößnitz BSV-079/2024**

Herr Markus Löffler, FBL Bau und Umwelt, erläutert die Details der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen genehmigt den Verkauf von Flurstück 107/25, Größe: 1.425 m² und einer Teilfläche von Flurstück 107/26, Größe ca. 135 m², zusammen ca. 1.560 m², beide Flurstücke Gemarkung Jößnitz, an Frau Sandra Brandt, Am Eichhäuschen 35, 08523 Plauen, zum Preis von 121.680,00 EUR (78,00 EUR/m²), vorbehaltlich Katastervermessung, sowie die Belastung des Kaufgegenstandes mit Grundpfandrechten vor Eigentumsübergang bis zur Höhe der Gesamtinvestitionssumme (Belastungsvollmacht).

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**4.3. Grundstücksverkehr (Ankauf Fl. 57a, Gem. Reißig und Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen)
BSV-082/2024**

Herr Markus Löffler, FBL Bau und Umwelt, erläutert die Details der Vorlage.

Herr Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion BSW, fragt, ob der Umweg des Anlaufes über die Stadt hier notwendig war.

Herr Löffler, erklärt, dass es unterschiedliche Eigentümerstrukturen gibt. Die Stadt besitzt bereits einen Teil dieser Fläche. Mit diesem Zukauf ergibt sich eine große Gesamtfläche von 5000m².

Beschlussvorschlag:

1. Der Finanzausschuss der Stadt Plauen genehmigt die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 49.000 EUR (Kaufpreis 43.418 EUR zzgl. Erwerbsnebenkosten) in der Investition 22-0000001 Erwerb von Grundstücken.
2. Der Finanzausschuss der Stadt Plauen genehmigt den Ankauf des Flurstücks 57a, Gemarkung Reißig, Größe 2.554 m², zum Preis von 43.418 EUR (17,00 EUR/m²), von der Erbgemeinschaft Reußenländer Straße - Flurstück 57a, Gemarkung Reißig.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**4.4. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme "Verfügungsfonds - ZIZ"
BSV-092/2024**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert die Details der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 48.998,00 EUR für die Maßnahmen „Verfügungsfonds – ZIZ“ (Maßnahmennummer 18E-000054).

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**4.5. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für Zuschüsse an die BÄDER PLAUEN GmbH
BSV-089/2024**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert die Details der Vorlage.

Herr Ronny Adler, Geschäftsführer Bäder Plauen GmbH, erklärt, dass die technischen Anlagen des Stadtbades rund um die Uhr laufen müssen, um die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Diese müssen regelmäßig gewartet und überprüft werden. Dieses Jahr ergibt sich die Besonderheit, dass bei vielen Wartungen festgestellt wurde, dass Reparaturen durchgeführt werden müssen um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Deswegen gibt es in diesem Jahr erhöhte Aufwendungen. In Summe wird der Haushalt hier nicht zusätzlich belastet.

Frau Stadträtin Cornelia Erhardt, AfD-Fraktion, erklärt sich als befangen, begibt sich in den Sitzbereich der Besucher und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 57.900 EUR für einen zusätzlichen Zuschuss an die BÄDER PLAUEN GmbH.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen, 1 befangen

**4.6. Gemeinsame Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen im Zeitraum vom 11.10.2024 – 07.11.2024
BSV-090/2024**

Herr Oberbürgermeister Zenner, erläutert die Details der Vorlage.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion BSW, fragt, wie lange die wöchentliche Spende des Obstkorbes der Macoo GmbH an den Hort K. Kollwitz bereits regelmäßig erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Zenner, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme bzw. Bestätigung der gemäß den Anlagen verzeichneten Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen für die Stadt Plauen im Umfang von insgesamt 815,00 EUR.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

5. Vorberatung

**5.1. 1. Änderung der Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs
BSV-078/2024**

Herr Karsten Schmidt, Kulturbetrieb, erläutert die Details der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 1. Änderung der Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

5.2. Satzung zur 6. Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung vom 19.12.2023

- Antrag der SPD/Initiative-Fraktion, Reg.-Nr. 2-24 - Stellungnahme der Verwaltung
- Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 31-24
BSV-076/2024

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass er grundsätzlich der Meinung ist, dass die Kinderbetreuung und Verpflegung in den Kindereinrichtungen kostenfrei sein sollten. Die Realität sieht leider komplett anders aus. Letztlich ist hier auch der Stadtrat gefordert, sich dieser Realität zu stellen. Die Erhebung der Beiträge ist ein jahrelanges Thema in den betreffenden Ausschüssen. Die bisher abgestimmten Zahlungen waren nicht bedarfs- und kostendeckend. Wenn jetzt in der Haushalts-Befassung festgestellt wird, dass diese Differenz nicht mehr finanzierbar ist, dann ist dies ein länger bekanntes Problem.

Auch die Arbeit über eine Petition ist hier nicht nachvollziehbar. Es ist bekannt, dass eine Petition nur eine Stimme benötigt, um tatsächlich im Petitionsausschuss behandelt zu werden. Es ist nicht erforderlich, hunderte Stimmen zu sammeln. Ebenfalls reicht die Einreichung eines Fraktions-Antrages völlig aus. Allerdings sollte die Petition nicht an den Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister gerichtet werden, sondern an den Stadtrat, da hier die finale Abstimmung der Beiträge erfolgt. Es sollte hier ebenfalls offen und ehrlich kommuniziert werden, dass ein Großteil der Erhöhung auf die Steigerung der Personalkosten zurückzuführen ist. Hier sind die Lohnkosten angestiegen. Sollte der Antrag der SPD/Initiative-Fraktion angenommen werden, kann womöglich kein genehmigungsfähiger Haushalt aufgestellt werden.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erläutert die Details des Antrages (Reg.-Nr. 2-24-24). Er bittet um Klärung, weshalb in der Stellungnahme der Verwaltung andere Zahlen zu finden sind, als im Haushaltsplanentwurf. Er bezieht sich außerdem auf den Hinweis der nur geringfügigen Erhöhung des Landeszuschusses. Nach seiner Kenntnis wurden die Zuschüsse deutlich stärker angehoben, als der zu leistende kommunale Zuschuss.

Herr Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion, erläutert die Details des Antrages (Reg.-Nr. 31-24) und kritisiert, dass in der Vergangenheit über dieses Thema nicht konsequent diskutiert wurde. Es wurde immer die Dynamisierung (automatische Anpassung) der Elternbeiträge gefordert, aber nicht umgesetzt.

Herr Eric Hoffmann, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert die Details der Vorlage inkl. aller finanziellen Auswirkungen anhand einer Präsentation.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass die Stadt die Eltern seit 2018 deutlich entlastet. In der Krippe werden zwei Drittel der Gesamtkosten übernommen. Er fände die Dynamisierung der Beiträge zukünftig richtig.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erklärt, dass das Kita-Qualitätsgesetz eingeführt wurde, weil man die Qualität dort erhöhen wollte. Es wurde pädagogisches Personal eingesetzt und der Betreuungsschlüssel geändert. Es wurde ein Qualitätsmanagement für die Kinder und Erzieher eingeführt. Auch wurden Vor- und Nachbereitungszeiten neu festgelegt. Dies alles führt zu mehr Personalbedarf und damit zu Kostensteigerungen. Dies alles wurde seitens der Stadt in den letzten sechs Jahren umgesetzt. Das Land hat den Landeszuschuss erhöht, allerdings für ihre Begriffe, zu wenig. Die Tarifsteigerungen waren sehr hoch und dies konnte niemand absehen. Trotz dessen hätte der Landeszuschuss stärker erhöht werden müssen, da die Kommunen seit 2018 nicht bessergestellt sind. Die Eltern wurden in den letzten sechs Jahren entlastet, aber diese Generation ist bereits durchgewachsen. Die Eltern mit Krippenkindern zahlen diesen Betrag aktuell mit. Hier ist die Generationengerechtigkeit nicht mehr gegeben. Die Beitragserhöhung soll nicht der Haushaltssanierung dienen, sondern dies ist ein längst überfälliger Schritt, der schon vor vier Jahren hätte angegangen werden müssen. Damit wäre die jetzige Situation nicht entstanden, weil dann jährliche moderate Mehreinnahmen vorhanden wären. Die Liquidität wäre gegeben und die aktuelle Erhöhung müsste nicht in einem derart großen Schritt erfolgen. Sie erklärt, dass beide Zahlen, sowohl im Haushaltsplanentwurf, als auch in der Beschlussvorlage, korrekt sind. Im Haushalt wurde im Mai gestartet. Dort lagen damals die Ist-Zahlen der freien Träger von 2022 vor. Das Jahr 2023 wird erst gemeldet bis 30.06.2024. Aufgrund dieser Zahlen erfolgte die Berechnung. In der Zwischenzeit wurde das große Defizit sichtbar. Die Ausgaben wurden rausgespart. Gleichzeitig lag der Antrag der SPD/Initiative-Fraktion vor. Zu diesem Zeitpunkt wurde nicht noch einmal auf den neuen Ist-Zustand überrechnet, da bekannt war, dass eine erneute Überarbeitung zum HH-Beschluss erfolgen wird. Sollte dem Antrag der SPD/Initiative-Fraktion gefolgt werden, fehlen der Stadt Einnahmen in Höhe von 8,6 Millionen EUR. Die Liquidität mit -3,3 Millionen EUR erhöht sich um diese Zahl bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes und ab 2027 sind die liquiden Mittel erschöpft. Damit geht die Stadt in die Konsolidierung.

Mit dem Antrag der CDU-Fraktion ergeben sich auf den langen Zeitraum 2,1 Millionen EUR Verlust an Einnahmen. Dort verschlechtert sich das Ergebnis von 2025/2026. Auch dort fehlen die liquiden Mittel. Es dauert nur etwas länger und man hätte mehr Zeit gewonnen. Es kann derzeit keine sichere Planung für mehrere Jahre erstellt werden. Beim Landeszuschuss wurde überrechnet, dass normalerweise pro Kita-Platz eine Förderung von 450 EUR notwendig wäre. Für diesen Betrag machen sich die Spitzenverbände und der Sächsische Städte- und Gemeindetag stark. Dort wird eine 10%ige Erhöhung und eine Dynamisierung gefordert. Leider hat die Stadt nicht die finanziellen Mittel, um Kinderbetreuung kostenfrei anbieten zu können. Die Stadt ist hier auf die Mittel des Landes angewiesen.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass hier immer der Aspekt der Verantwortung zur Erfüllung aller Aufgaben im Mittelpunkt stehen sollte. Wenn man jetzt die Eltern deutlich entlastet, können andere Aufgaben nicht erfüllt werden (z.B. Straßenbahn, Theater, Turnhallen, usw.). Diese Konsequenzen sollten bekannt sein.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion BSW, erklärt, dass er etwas klarstellen möchte. Es klingt, als würde dies jetzt nachgeholt werden, und damit alle künftigen Eltern mit den Fehlbeträgen der Vergangenheit belastet werden. So ist es nicht. Hätte die Stadt vor fünf Jahren schon auf 20% Beitragssatz erhöht, würden jetzt trotzdem 310 EUR für einen Krippenplatz zu Buche schlagen. Dieser Betrag liegt seiner Meinung nach über dem vogtländischen Schnitt. Er kann dem Ansinnen der Anträge folgen, war aber auch wütend über diese. Es wurden in der Vergangenheit sinnvolle Standarderhöhungen beschlossen, welche aber nicht vollumfänglich bezahlt wurden. Nach Auskunft der Finanzverwaltung sind in den letzten zwei Jahren 1,5 Millionen EUR offengeblieben. Er erinnert an die vergangene Fraktionssitzung, an welcher Frau Hein teilgenommen hat. Dort gab es die Aussage, dass nach Annahme des Antrages der SPD/Initiative-Fraktion in 2026 noch kein negativer Liquiditätsbestand da wäre. Im aktuellen HH-Plan-Entwurf ist es wohl so, dass auch in 2027 noch ein Plus vorhanden wäre und wenn dem Antrag gefolgt wird, dann nur noch in 2026 ein positiver Saldo und ab 2027 ff. ein Minusbestand. Seiner Meinung nach wäre der Haushalt dann trotzdem noch genauso wie der ursprüngliche Entwurf unter Auflagen genehmigungsfähig. Hier wäre es interessant, bis zum Stadtrat eine Grafik nachzureichen, welche über die aktuelle Situation zum Haushalt 2025/2026 und die Finanzplanungsjahre mit der ursprünglichen Version und inkl. dem Antrag der SPD/Initiative-Fraktion bzw. der CDU-Fraktion informiert. Hier sollte man die Auswirkungen konkret nachvollziehen können. Sollte es finanziell machbar sein, den Haushalt genehmigungsfähig hinzubekommen, dann tendiert er dazu, diese Anträge mitzutragen. Der Haushalt wird so oder so nur unter Auflagen genehmigt werden. Die Auflage der Rechtsaufsicht wird sein, u.a. diese Beiträge zu erhöhen, da diese nicht an den Höchstbeträgen sind. Somit würden in zwei Jahren die Beiträge sowieso erhöht werden.

Herr Oberbürgermeister Zenner, fragt, ob es hier wirklich so sehr um das persönliche Image geht, dass gesagt wird, man möchte nicht dafür geradestehen, dass die Beiträge erhöht werden. Sollten diese allerdings angeordnet werden, dann ist es so.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, erklärt, dass wenn es noch möglich ist, er die Beiträge niedrig halten möchte. Hier sollte auch der Freistaat seine Verpflichtungen erfüllen.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass der Freistaat noch nicht einmal investive Mittel zur Verfügung hat. Es wird von Landesebene nicht mehr Geld fließen. Er erklärt, dass hier der Haushalt der Stadt Plauen mittelfristig gefährdet wird und dies mitgetragen wird.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, erklärt, dass es ihm hier nicht um die persönliche Imagepflege geht. Er sieht die Verpflichtung hier vordergründig beim Bund. Wären die finanziellen Mittel vorhanden, würden alle diese Anträge gerne weitertragen. Sollte die Erhöhung aus genannten Gründen notwendig sein, trägt er diese Entscheidung mit.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass es ein Wachstum von 1% des realen Bruttoinlandsproduktes braucht, um den Wohlstand zu erhalten. In den letzten Monaten wurde von 0,5% ausgegangen. Dies wurde jetzt auf 0,2% für die nächsten zwei Jahre korrigiert. Woher sollen Bund oder Land mehr Geld haben, um die Kommunen auszustatten. Hier wird seitens der Fraktionen die Mittelfristplanung völlig außer Acht gelassen. Eine Konsolidierung wird den Eltern sehr viel mehr schaden als die vorgeschlagene Erhöhung. Diese Verantwortung sollte den Mitgliedern bekannt sein.

Frau Stadträtin Diana Simon, AfD-Fraktion, fragt, wie viele Vollzahler der Eltern von dieser Erhöhung betroffen sind.

Frau Peggy Hein, präzisiert die Frage insoweit, wie viele Eltern einen 9h-Platz haben, keinen Zuschuss erhalten und nur ein Kind zur Betreuung, da bei einem zweiten Kind bereits eine Rabattierung erfolgt. Sie sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Stadträtin Diana Simon, erklärt, dass ihre Fraktion sich enthalten wird, da am kommenden Freitag, 06.12.2024, eine weitere Besprechung zu diesem Thema mit Herrn Bürgermeister Kämpf stattfinden wird.

Herr Oberbürgermeister Zenner, schlägt vor, auch aus diesem Grund den Antrag nicht abzustimmen.

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erklärt, dass hier der schwarze Peter zum Thema Erhöhungen dem Stadtrat zugeschoben wird, weil der Bund und das Land die Gelder nicht übernehmen. Hier sollte man wohl seitens der Stadt deutlich werden. Die exorbitanten Erhöhungen in der Krippe würde die Fraktion nicht mittragen. Sie hofft auf einen gemeinsamen Konsens zur Beratung am Freitag.

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erklärt, dass am 26.09.2024 ein Finanzausschuss stattgefunden hat. Dort wurden die gleichen Zahlen zu diesem Thema vorgestellt. Es wurde damals hauptsächlich die Erhöhung Krippenplätze thematisiert. Zu diesem Termin waren diese Zahlen so in Ordnung. Etwas später las sie im Facebook andere Zahlen. Wie gelangen diese Daten an die Öffentlichkeit, noch bevor der Stadtrat darüber informiert wurde. Sie bittet darum, dass der Stadtrat über derartige Änderungen vorab informiert wird.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, erklärt, dass der Vorschlag der Verwaltung die Stadt Plauen von einer der familienfreundlichsten Städte der Region zur familienfeindlichsten mit massiv hohen Kita-Gebühren macht. Es gab die Aussage, Plauen hätte die niedrigsten Gebühren im Vogtland. Seiner Meinung nach gibt es einige Gemeinden, welche niedrigere Gebühren haben.

Herr Eric Hoffmann, möchte die Aussage dahingehend modifizieren, dass es die Gemeinden betrifft, welche hier zum Vergleich herangezogen wurden.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass andere vogtländische Kommunen mit Erhöhungen nachziehen werden.

Herr Fraktionsvorsitzender Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, erklärt, dass am Ende ein Kompromiss herbeigeführt werden muss. Ihm wurde heute im Landtag ein Koalitionsvertrag ausgereicht, in welchem der Freistaat Sachsen sich zur nachhaltigen Finanzierung der Kinderbetreuung bekennt. Es ist allerdings auch nicht verantwortungsvoll, nur darauf zu hoffen. Man sollte verhindern, andere Dinge wie Kultur und Sport nach einer Konsolidierung hinten anstellen zu müssen. Er fragt, ob mit dem Kompromiss-Vorschlag der CDU-Fraktion ein genehmigungsfähiger Haushalt zustanden kommen würde.

Herr Oberbürgermeister Zenner, bestätigt, dass dies grundsätzlich so wäre. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass noch weitere Anträge unterwegs sind und behandelt werden müssen.

Herr Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion und Ortsvorsteher der Ortschaft Jößnitz, möchte zu bedenken geben, dass es hier auch eine gewisse Regionenkonkurrenz gibt. Im Raum Greiz gibt es zwei beitragsfreie Jahre in der Kita. Auch in der Presse war zu lesen, dass es in Sachsen ein kostenfreies Vorschuljahr geben soll. Man kann sicherlich hoffen, dass es auf Landesebene in die richtige Richtung geht, allerdings ist eine aktuelle Erhöhung unumgänglich. Es sollte ein Kompromiss gefunden werden.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, möchte klarstellen, dass er nicht darauf hofft, dass bezüglich des Haushaltes gewisse Auflagen entstehen. Er weiß, dass die Stadt diese auf alle Fälle bekommen wird, egal, ob die Beträge gehalten, gesenkt oder erhöht werden.

Der Haushalt weist in den Finanzplanungsjahren ein negatives Finanzmittelsaldo aus. Es ist nicht so, dass er darauf wartet und hofft um aus der Verantwortung zu kommen.

Frau Peggy Hein, erklärt, dass die aktuellen Eltern pro Jahr entlastet werden und die zukünftigen Eltern dies nicht haben werden. Diese Entlastung wird zukünftig Jahr für Jahr in der Liquidität fehlen. Bei beiden Beschlüssen bekommt die Stadt einen genehmigungsfähigen Haushalt unter den gesetzten Rahmenbedingungen. Sollten die Prognosen des SSG nicht stimmen, dann wird es in 2026 eine Haushaltssperre geben. Somit wären alle freiwilligen Ausgaben komplett gestrichen. Das sollte man wissen, da die Liquidität dann aufgebraucht ist. Nach dem Beschluss der SPD/Initiative-Fraktion ist diese schneller am Ende als nach dem Beschluss der CDU-Fraktion.

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 6. Änderung der Satzung über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragsatzung).

5.3. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) BSV-081/2024

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert die Details der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, für die Jahre 2025 und 2026 auf einen Gesamtabschluss nach § 88b SächsGemO zu verzichten und stattdessen den Beteiligungsbericht nach § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO in bisheriger Form beizubehalten sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen auch weiterhin wie bisher nach der Eigenkapitalspiegelmethode in der Bilanz der Stadt Plauen auszuweisen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

5.4. Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2024 der GAV BSV-084/2024

Herr Lutz Armbruster, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert die Details der Vorlage.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt die HKMS Treuhand GmbH Plauen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Marienstraße 16 in 08527 Plauen zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31.12.2024 für den Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**5.5. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die brandschutztechnische Ertüchtigung des Objektes Friedrich-Engels-Straße 1
BSV-085/2024**

Herr Lutz Armbruster, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert die Details der Vorlage und verweist auf das ausgereichte Änderungsblatt.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Fraktion BSW, fragt, ob diese Mittel jetzt bereits in den Haushalt 2025/2026 eingeplant werden oder werden diese übertragen und im nächsten Jahr mittels überplanmäßiger Auszahlung bereitgestellt, welche nicht nochmals behandelt werden müsste.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, bestätigt die Übertragung der Mittel in 2025 mit anschließender überplanmäßiger Auszahlung. Die Mittel werden in einer Bestellung geblockt, welche in das neue Jahr übertragen wird.

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, fragt, was generell mit der Allende-Schule geplant ist. Bleibt diese immer als Ausweichschule bei Sanierungen bestehen.

Herr Armbruster, erklärt, dass die Nutzung als Ausweichquartier nach wie vor geplant ist, da noch einige Generalsanierungen von Schulen anstehen. Allerdings sind für eine komplette Nutzung des Gebäudes weitere Mittel notwendig. Die derzeitigen Mittel sind nur für die Nutzung des produktiven Lernens gedacht.

Herr Danny Przisambor, sachkundiger Einwohner, fragt, ob die brandschutztechnische Ertüchtigung nur für den genutzten Bereich vorgesehen ist. Müsste dann für eine weitere Nutzung nochmals ertüchtigt werden.

Herr Armbruster, bestätigt dies.

Herr Przisambor, fragt, ob rein finanziell auch die Lösung eines Abrisses und bei Bedarf die Stellung einer Container-Schule sinnvoll wäre.

Herr Armbruster, bestätigt, dass dies geprüft wird, wenn der zweite Bauabschnitt akut werden sollte. Die Schule selbst ist von der Bausubstanz her gut.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 358.000,00 € für die brandschutztechnische Ertüchtigung des Objektes Friedrich-Engels-Straße 1 (12-0000198).

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Es gibt keine Anfragen.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Kerstin Knabe
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Janine Hulinsky
Schriftführerin

Helmar Gerisch
Stadtrat